

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Justizvollzugsanstalt Heidering/Großbeeren jetzt stoppen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Bauplanung, die vorbereitenden Arbeiten und ggf. die begonnene Bauausführung für die Justizvollzugsanstalt Heidering sofort zu stoppen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Oktober 2009 zu berichten.

Begründung:

Der im Jahr 2005 von der damaligen Senatsverwaltung für Justiz prognostizierte kontinuierliche Anstieg der Zahl der Inhaftierten im Berliner Justizvollzug in Höhe von ca. 3 Prozent jährlich ist nicht Realität geworden. Die damalige Prognose, die Grundlage für den Neubau der Haftanstalt Heidering war und ist, ging von einem Mehrbedarf von ca. 650 Haftplätzen bis Ende 2010 aus, um einen notwendigen Mindeststand von 5.742 Plätzen zu erreichen.

Tatsächlich ist die Zahl der Inhaftierten - wenn auch auf hohem Niveau - relativ konstant geblieben bzw. sogar leicht rückläufig. Am Stichtag 30. September 2004 befanden sich 5.305 Gefangene in den Berliner Justizvollzugsanstalten. Am Stichtag 27. Mai 2009 waren lediglich 5.161 Plätze belegt. Im letzten Halbjahr waren im Mittel ca. 5.200 Haftplätze belegt. Seit 2007 hat sich auch die Belegungssituation in der JVA Tegel entspannt. Während am 28. März 2007 noch 1750 Gefangene in Tegel untergebracht waren, befanden sich am 25. März 2009 nur noch 1602 Gefangene dort. Dieser Umstand ist deshalb besonders zu bewerten, weil als Hauptbegründung für den Neubau einer Haftanstalt stets der kontinuierliche Anstieg der Gefangenenzahlen im geschlossenen Männervollzug diente. Da diese Prognose nicht eingetroffen ist, ist auch dem Neubau der JVA Heidering die Grundlage entzogen.

Der unstreitig noch immer bestehenden – zum Teil rechtswidrigen - Überbelegung in einzelnen Vollzugsbereichen muss mit anderen zielführenden Maßnahmen begegnet werden. Als Stichworte seien hier nur erneut genannt: Ausbau der haftvermeidenden Projekte Arbeit bzw. Integration statt Strafe und mehr Offener Vollzug. Aber auch mehr verantwortbare vorzeitige Entlassungen und eine häufigere Anwendung des Instruments der Haftunterbrechung nach

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) einzusehen

Verbüßung der Hälfte einer Ersatzfreiheitsstrafe können zur Entlastung beitragen. Der Vollzug muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Berlin nicht länger bundesweites Schlusslicht ist bei der Entlassung nach 2/3 der Haftzeit. Der Berliner Vollzug braucht dringend die seit Jahren angemahnte Zielorientierung hin zu einer schnellen Resozialisierung statt langer Verwahrung.

Ein Festhalten am Neubau der JVA ist, gerade auch vor dem Hintergrund der dramatischen Finanzlage des Landes und des exorbitant gestiegenen Baukostenrahmens von ursprünglich 87 Mio. Euro auf z. Zt. 118,5 Mio. Euro, unverantwortlich. Ein Teil der durch den Verzicht auf den Gefängnisneubau frei werdenden Mittel kann zur Behebung der Missstände insbesondere in den Justizvollzugsanstalten Moabit und Tegel verwandt werden.

Die im Februar 2009 begonnenen vorbereitenden Arbeiten und alle weiteren Planungsmaßnahmen für die JVA sind umgehend einzustellen. Die Auftragsvergabe im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben ist sofort zu stoppen, um etwaige Schadensersatzansprüche zu vermeiden.

Berlin, den 16.06.2009

Eichstädt-Bohlig Ratzmann Behrendt Lux
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen